

## Aktuelles Stichwort: Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit

**29. Mai 2020: Die Diskussion um die Einführung einer Steuer auf Aktien gewinnt an Fahrt. Gerade vor dem Hintergrund der drohenden Schwäche der Wirtschaft sollte davon abgesehen werden – insbesondere von einer Aktiensteuer auf rein nationaler Ebene.**

### **Eine Steuer in vielen Gewändern...**

Seit längerem wird in Brüssel und Berlin über die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen diskutiert. Zuletzt lag der Fokus der Verhandlungen im Format der Verstärkten Zusammenarbeit auf der Einführung einer Besteuerung von Aktien börsennotierter inländischer Unternehmen. Konkret soll der Erwerb von Aktien großer Unternehmen künftig einer Besteuerung in Höhe von 0,2 Prozent unterzogen werden. Da trotz jahrelanger Verhandlungen in Europa aus guten Gründen keine Mehrheiten zu finden sind, soll nunmehr eine Aktiensteuer jeweils auf nationaler Ebene angestrebt werden. Die Konsequenz solch einer Regelung wäre ein europäischer Flickenteppich von Besteuerungen, was im Übrigen auch gegen die Zielsetzung des Koalitionsvertrages der Bundesregierung verstieße.

### **...mit dramatischen Auswirkungen**

Aber damit nicht genug – insbesondere angesichts der dramatischen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Realwirtschaft hätte solch eine Steuer massive negative Konsequenzen: so sollten Unternehmen und Sparer gerade in diesen Zeiten von bürokratischen und finanziellen Belastungen befreit werden. Denn diese Aktiensteuer wird wie jede Umsatzsteuer nicht von den erhebenden Banken bezahlt werden müssen, sondern von Unternehmen, Stiftungen, Pensionsfonds und Versorgungseinrichtungen. Zudem ist eine Aktiensteuer ein fatales Signal an alle Bürger, die sich in Zeiten von Niedrigzinsen mit der Aktienanlage um ihre private Altersvorsorge kümmern. Schließlich steht zu befürchten, dass solch eine zusätzliche Steuer sowohl bei der Finanzverwaltung

als auch bei den Steuerpflichtigen zusätzliche und vor allem kostenintensive Prozesse verursacht, um die Steuer erheben und verwalten zu können.

### **Berechtigte Kritik am Vorschlag**

Nicht nur aus den Wirtschaftsunternehmen und dem Finanzsektor hagelt es Kritik an dem geplanten Vorgehen: Aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Altersvorsorge hat z. B. Österreich signalisiert, solch eine Aktiensteuer nicht weiter unterstützen zu wollen. Und auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums kommt in seiner Stellungnahme zu dem Schluss, dass die Einführung einer Aktiensteuer wegen der Auswirkungen auf Altersvorsorge, wegen der zusätzlichen Bürokratie und der Schwächung der Effizienz der Kapitalmärkte nicht zielführend sei. Überdies sei mit vermehrter Steuerumgehung und -vermeidung zu rechnen, da sich die Anleger solch einer Besteuerung leicht entziehen könnten.

### **Position des Bankenverbandes**

In Zeiten von nationalen und europäischen Wiederaufbau- und Investitionsprogrammen sollte tunlichst von neuen Belastungen, die vor allem die einfachen Anleger und Sparer treffen, abgesehen werden. Eine rein nationale Aktiensteuer würde zudem den Finanzplatz Deutschland unnötig schwächen.

### Kontakt:

Dietmar Schwarz  
Associate Director  
Politik Deutschland  
dietmar.schwarz@bdb.de

### Schlagwörter:

Aktiensteuer  
Finanztransaktionssteuer  
Altersvorsorge